

grüße ich den VI. Parteitag der SED. Die Aufmerksamkeit der ganzen Welt ist auf diesen Parteitag gerichtet. In den kapitalistischen Ländern hatte man gehofft, daß dieser Parteitag die Meinungsverschiedenheiten in der kommunistischen Weltbewegung verschärfen und der antikommunistischen Propaganda Wasser auf die Mühlen gießen würde. Diese Erwartungen wurden nicht erfüllt. Dagegen wurden die Hoffnungen der internationalen Arbeiterklasse erfüllt.

Der VI. Parteitag erfüllt vor allem die Aufgabe, Grundlagen für den neuen Vormarsch des sozialistischen Aufbaus im ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat, für eine erhöhte Produktion und für neue soziale und kulturelle Fortschritte zu legen. Das bedeutet nicht nur bessere Lebensbedingungen für alle Werktätigen der DDR. Das ist gleichzeitig eine Schlacht für die Sache des Friedens in der Welt.

Dieser Parteitag bekräftigt aufs neue die konsequente Politik der Erhaltung des Friedens, die die Hauptaufgabe der gesamten kommunistischen Weltbewegung ist. Der 13. August 1961 - die Sicherung der Staatsgrenze der DDR gegenüber der faschistischen und revanchistischen Provokations- und Sabotagetätigkeit - war ein Teil dieser Friedenspolitik. Es ist ganz natürlich, daß heute das Deutschlandproblem die Gemüter in allen Ländern bewegt, nicht zuletzt in unserem Land, das die Hitlerokkupation am eigenen Leibe verspürte.

Im Jahre 1945 herrschte scheinbare Einigkeit in ganz Norwegen, daß der deutsche Militarismus niemals wieder aufstehen und daß Deutschland niemals wieder den Frieden bedrohen dürfe. Aber dann begann der kalte Krieg der Imperialisten. Der Militarismus, von dem wir glaubten, er sei für immer vernichtet, ist aber in Westdeutschland wiedererstanden. Es ist daher gut zu wissen, daß ein neues Deutschland in Gestalt der DDR entstanden ist, das den Militarismus ausgerottet hat und sich vorwärtsentwickelt.

In Norwegen trifft das Wiedererstehen des Militarismus in Westdeutschland auf einen ständig wachsenden Widerstand des Volkes. Spontane Demonstrationen gegen General Speidel und den ehemaligen Kriegsminister Strauß zeugen davon. Auch im Parlament ist der Widerstand gewachsen. Vor kurzem stimmten mehr als 20 Abgeordnete gegen die Erweiterung des NATO-Hauptquartiers auf Kolsos durch die Erhöhung der Zahl der westdeutschen Offiziere.

Unsere Aufmerksamkeit richten wir heute besonders auf die Gefahr,